

Thema



Am Tag nach der Wahl kann man Forderungen an die nächste Bundesregierung stellen, oder eine Einsatzübung abhalten, so wie die Maltesser am 30. September in Steyregg. Die Übung umfasste pädiatrische Notfälle, die Versorgung nach Schussverletzungen, die Rettung von Personen aus verunfallten Fahrzeugen sowie die Erstbehandlung von Erdbebenopfern. © Christian Lendl / Maltesser International / MALTESER Austria

Denn sie wissen, was sie wollen

Gesundheitspolitik. Zum Nachwahlritual gehören Wünsche an eine erst zu bildende Regierung, offene Briefe und öffentlich gestellte Forderungen aller Art. Die Ärztekammer und die Arbeiterkammer melden sich zu Wort, aber auch ein einzelner Arzt.

Von **Martin Křenek-Burger**

Nach jeder Wahl gibt es die eine Forderung, die jede gut organisierte Interessensgruppe an die künftige Regierung richtet, die sie unbedingt erfüllt haben will. Nicht so die Ärztekammer. Diese übermittelte der nächsten Regierung, die vermutlich erst im kommenden Frühjahr angeht, eine ganze To-do-Liste. Auf der stehen diese Punkte: unbesetzte Kassenstellen, überlastete Spitäler, eklatante Personal-Lücken bei einer gleichzeitig steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung. „Österreich hat eine ausgezeichnete medizinische Versorgung – und das soll auch so bleiben“, sagt Prof. Dr. Thomas Szekeres, Präsident der Österreichischen Ärztekammer.

„Damit künftig mehr Leistungen im niedergelassenen Bereich angeboten werden können, benötigen wir 1.300 neue Kassenstellen für Einzel- und Gruppenpraxen“, sagt ÖAK-Vizepräsident Dr. Johannes Steinhart. Zudem sei eine Ausweitung des Leistungsspektrums in der Kassenmedizin notwendig. Unabhängig von tatsächlich realisierten Einsparungen oder Mehrkosten durch die Schaffung der Österreichischen Gesundheitskasse erinnert die ÖAK an die angekündigte Patientenmilliarde. Dass Österreich im OECD-Ver-

gleich viel Geld in das Gesundheitswesen investiere, lässt die Ärzte-Granden kalt. Man wolle sich nur mit westlichen Ländern vergleichen.

Dr. Oliver Rückert von der *Ärzteinitiative der Plattform Freiwilligkeit*, einem Konsortium aus Hausärzten, hat sich sogar der Mühe unterzogen, einen offenen Brief zu schreiben. Die Zeichen für das Schiff Gesundheit würden „auf Sturm“ stehen, schreibt der Mediziner aus Pottendorf. Begründung: „Die Arbeitsbedingungen für Ärzte im öffentlichen System sind anscheinend derartig schlecht, dass die Stellen nur noch schwierig bis gar nicht zu besetzen sind. Währenddessen die Kosten für die Krankenhäuser aus dem Ruder laufen. Wenn nicht rasch gravierende Änderungen durchgeführt werden, lässt sich ein Zusammenbruch nicht mehr lange aufhalten.“

Gesundheitswesen ist „zu teuer“

Den Politikern und ihren Vorschlägen schenkt Rückert keinen Glauben, heute sei Österreichs Gesundheitswesen „zu teuer, zu ineffizient, zu spitalslastig. Und vor allem: Unsere Bevölkerung könnte wesentlich besser betreut sein“. Dafür brauche es weder mehr Studienplätze noch neue Primärversorgungszentren.

Zu seinen Thesen liefert der Allgemeinmediziner eine ungewöhnliche Begründung: „Bei genauerem Hinsehen schaden diese Zentren einer effektiven Primärversorgung sogar. Sie verlängern den Weg der Patienten. Sie schaden den Mitbewerbern, da Niederlassungsrichtlinien unterlaufen und Subventionen gewährt werden. Und sie bringen dem Patienten keine Vorteile, die nicht auch in Einzelordinationen zu haben wären. Denn die zur Verfügung stehende Zeit bei einem Hausarzt lässt sich ja nicht dadurch ausdehnen, dass mehrere Ärzte unter einem Dach ordinieren. Gerade am Land haben diese Zentren sogar das Po-



© privat



Die Primärversorgungszentren haben das Potenzial, die gut eingespielte Versorgung einer ganzen Region zu gefährden.

Dr. Oliver Rückert
Wahlarzt für Allgemeinmedizin,
Pottendorf

tenzial, die gut eingespielte Versorgung in einer ganzen Region zu gefährden.“ Wenig begeistert zeigt sich der Allgemeinmediziner aus Niederösterreich auch von der Plattform ELGA, die er als „Datenfriedhof“ bezeichnet. Statt den Ärzten die Arbeit zu erleichtern, werde ein enormer, zusätzlicher Aufwand erzeugt.

Recht auf 4-Tage-Woche

Zum Thema Arbeitszeiten melden sich die Arbeitsmediziner zu Wort. Zu lange Arbeitszeiten machen müde, sind ungesund und erhöhen das Unfallrisiko, erklärt die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin, die dazu einen überarbeiteten Leitfaden zur Beurteilung langer Arbeitszeiten präsentiert hat. AK-Präsidentin Renate Anderl forderte neuerlich die leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche und das Recht auf eine 4-Tage-Woche (*mehr zum Thema: S. 12*).

„Zentrale Folgewirkung langer Arbeitszeiten ist die Ermüdung“, erklärte Dr. Erich Pospischil, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsmedizin (ÖGA). Das führe zur „Abnahme der Arbeitsfreude, Veränderung der Motivationsstruktur und natürlich auch Veränderung des Funktionsgefüges der Persönlichkeit“, sagt Pospischil. Wer länger arbeite, habe weniger Zeit zum Schlafen und weniger Freizeit.

Eine weitere Folgewirkung von langen Arbeitszeiten sei ein erhöhtes Unfallrisiko, sagte Robert Winkler, Leiter des Gesundheits- und Vorsorgezentrums der KFA (Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien) am Sanatorium Hera. Natürlich mache es dabei einen Unterschied, ob man am Bildschirm arbeite oder im Produktionsbereich, räumte Pospischil ein. Zu berücksichtigen sei andererseits ein höheres Unfallrisiko auf der Heimfahrt mit dem eigenen Auto nach einem langen Arbeitstag.

Die negativen Folgen im psychosozialen Bereich könnten durch eine höhere Mitbestimmung der Arbeitnehmer über ihren zeitlichen Einsatz gemildert werden, empfahl Pospischil. Auch Arbeitspausen seien wichtig.

Wie viel Arbeit noch unbedenklich ist, konnten die Mediziner nicht sagen, sie sind aber überzeugt, dass eine Flexibilisierung der Arbeitszeit volkswirtschaftlich keine Vorteile bringt. Berechnungen dazu haben sie nicht angestellt.

„Fleißige Ärzte eingeschränkt“

Rückert hat sich warm geschrieben: „Was wir brauchen: eine echte Stärkung der Primärversorgung in Einzelpraxen sowie mithilfe von geeigneten ärztlichen Kooperationsmodellen. Die Liste der notwendigen Maßnahmen ist lang und reicht vom Wegfall der Deckelungen und Limitierungen von ärztlichen Leistungen bis hin zum Abbau von Regulierungen und Bürokratie. Denn es ist grotesk, wenn man gerade in der heutigen Zeit fleißige Ärzte dadurch einschränkt, dass man sie nicht adäquat für ihre Leistungen bezahlt.“

Das ist des Pudels Kern: Das größte Problem seien die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereiche. Unzählige ärztliche Leistungen werden heute in Spitälern erbracht, obwohl sie in den niedergelassenen Bereich gehören. Die Ursache dafür: „Honorare, die nicht kostendeckend sind. Im Spital fallen jedoch die zigfachen Kosten an. Und da sprechen wir teilweise vom Faktor 30 und mehr. Die Lösung wäre so einfach: Man muss die Honorare für die niedergelassenen Ärzte lediglich so anpassen, dass eine Kostendeckung entsteht. Das Problem dabei: So lange die Finanzierung aus unterschiedlichen Töpfen gespeist wird, wird jede Hand (so wie bisher) gegen die andere Hand arbeiten.“ Der Brief endet übrigens mit freundlichen Grüßen. ■